

Januar 2022

Länderbericht

Auslandsbüro USA, Washington D.C.



Holpriger Start ins zweite Amtsjahr

Die USA unter Präsident Biden

Paul Linnarz

Nach zwölf Monaten arbeitet die US-Regierungsmaschine zwar weiter unter Hochdruck; dafür sorgen die Inflation, Corona und Russland von ganz alleine. Der politische Kurs aber wird zunehmend vom bevorstehenden Wahlkampf diktiert.

Zwar war von vornherein klar, dass die Regierungsmannschaft des neuen US-Präsidenten aufs Tempo drücken würde, um schnelle Ergebnisse zu erzielen. Gleichzeitig hat sich Joe Biden aber ein gigantisches Aufgabenpaket geschnürt, für das im letzten Jahr auf vielen Politikfeldern zunächst „nur“ die Weichen gestellt werden konnten, angefangen bei der Bewältigung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie über den Kampf gegen den Klimawandel, mit der Bereitstellung beispiellos hoher Investitionsmittel für die Infrastruktur und den Arbeitsmarkt, mit der Rückbesinnung auf die Führungsrolle der USA als glaubwürdiger Partner in der Außenpolitik bis hin zum selbst gesteckten Ziel, auf eine Versöhnung der zutiefst polarisierten US-Gesellschaft hinzuwirken.

„America is back“, hat Biden seinen Verbündeten versprochen, und unterstrich damit auch seinen innenpolitischen Gestaltungswillen. Aber bleibt es dabei? Besteht das Risiko, dass sich die USA unter der neuen Regierung an ihren Mammutaufgaben verheben, „auf halber Strecke“ eine Kehrtwende vollziehen, oder sich die Lage dramatisch wieder so zuspitzen könnte wie in der Zeit bis zum Sturm auf das Kapitol am 6. Januar letzten Jahres? Die Erfolge und Misserfolge des ersten Regierungsjahres liefern für die Einschätzung, ob die Supermacht langfristig „Kurs halten“ kann, zwar erste Wegmarken; entscheidender ist für einen vorsichtigen Ausblick aber, welche „Stolpersteine“ die Regierung aus dem Weg räumen muss. Schon jetzt ist klar, dass die Biden-Administration mit ihrer Reformagenda im Kongress

auf Widerstand stößt. In den nächsten Monaten dürfte die Tonlage schriller werden.

Zwischenwahlen unter schlechten Vorzeichen

Nur ein Jahr im Amt, hat für Joe Biden mit einem Auftritt in Georgia wieder der Wahlkampf begonnen. Dabei kandidiert weder der Präsident noch seine Vizepräsidentin. Bei den *Midterms* im November stimmen die Wählerinnen und Wähler stattdessen über alle 435 Abgeordneten des Repräsentantenhauses und etwa ein Drittel der 100 Sitze im Senat ab. Für die Demokratische Partei des US-Präsidenten steht viel auf dem Spiel: Im Repräsentantenhaus konnten die Demokraten 2020 zwar ihre Mehrheit verteidigen; ihr Vorsprung vor den Republikanern schrumpfte jedoch auf nur neun Sitze (222:213). Immerhin 12 Abgeordnete konnte die Republikanische Partei damals hinzugewinnen.

Im Senat hatte die *Grand Old Party* (GOP) bei der Wahl 2020 drei Sitze verloren und ist dort seitdem nur noch mit 50 Mitgliedern vertreten. Damit herrscht in der oberen Kammer des US-Kongresses eine Patt-Situation. Um sich mit absoluter Mehrheit hauchdünn gegen die Republikaner durchsetzen zu können, sind die Demokraten auf die Stimme von Kamala Harris angewiesen. Als Vizepräsidentin ist sie zugleich Präsidentin des Senats und damit das „Zünglein an der Waage“, wenn eine Abstimmung unentschieden ausgeht.

Natürlich setzen die Republikaner alles daran, bei den Zwischenwahlen im November die Mehrheit

im Repräsentantenhaus und im Senat zurückzuerobern. Die Chancen dafür stehen gut: Für die Partei, die den Präsidenten stellt, enden die ersten Kongresswahlen nach dem Amtsantritt fast durchgängig mit Verlusten. So übernahmen die Demokraten zwei Jahre nach dem Wahlsieg von Donald Trump die Mehrheit im Repräsentantenhaus. Während der Regierungszeit von Barack Obama verlor die Partei bei den *Midterms* 2010 zunächst die Mehrheit in der unteren Kammer des Parlaments und 2014 dann auch im Senat. Kaum war Bill Clinton knapp zwei Jahre im Amt, mussten die Demokraten 1994 gleich in beiden Kammern des Kongresses eine herbe Niederlage einstecken. Eine Ausnahme war die Regierungszeit von George W. Bush. Gut ein Jahr nach 9/11 konnten sich die Republikaner bei den Zwischenwahlen 2002 sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat behaupten. Vier Jahre später verloren sie dann aber die Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments an die Demokraten.

Seit 1960 kamen zwar sowohl demokratische als auch republikanische Präsidenten an die Regierung; die Mehrheiten auf dem Kapitol wechselten bis zur Jahrtausendwende aber nur selten. 1994 war insofern ein Sonderfall. Während der letzten zwanzig Jahre haben sich die Mehrheitsverhältnisse im Kongress hingegen häufig geändert. Die Republikaner hoffen darauf, dass sich dieses Schema zum eigenen Vorteil zumindest in einer der beiden Kammern auch bei den Zwischenwahlen in diesem Jahr fortsetzen wird.

Dazu kommt, dass der Sitzvorsprung der Demokraten in Senat und Repräsentantenhaus derzeit deutlich kleiner ist, als nach dem Amtsantritt früherer demokratischer Präsidenten. Während unter Joe Biden im Senat eine Patt-Situation herrscht, stellten die Demokraten ein Jahr nach dem Amtsantritt von Bill Clinton 14 Senatoren mehr als die Republikaner, unter Barack Obama 16 und unter Jimmy Carter sogar 23. Während die Demokraten im Repräsentantenhaus seit der Wahl von Joe Biden nur neun Sitze mehr haben als die Republikaner, konnte sich Präsident Obama 2009 auf einen Vorsprung seiner Partei von 79 Sitzen stützen, Clinton ein Jahr nach seinem Amtsantritt auf 82 und Carter auf eine Mehrheit von 149 demokratischen Abgeordneten.

Volkszählung schafft neue Wahlkreise

Für eine Mehrheit im Repräsentantenhaus müssten die Republikaner bei den Zwischenwahlen im Herbst fünf Sitze hinzugewinnen. Im Senat benötigen sie nur ein zusätzliches Mitglied. Trotzdem setzt die Partei in erster Linie auf einen Wahlsieg in der unteren Kammer des Parlaments. Mit Blick auf eine mögliche Mehrheit im Senat sind die Republikaner derzeit deshalb etwas weniger hoffnungsfroh, weil sie die heiß umkämpften Bundesstaaten Pennsylvania und Wisconsin, in denen Joe Biden 2020 die Präsidentschaftswahl gewonnen hat, unter Umständen verlieren könnten. North Carolina ist ebenfalls offen. Demgegenüber können sich die Demokraten für Arizona, Georgia, Nevada und New Hampshire, allesamt ebenfalls *battleground states*, recht gute Chancen ausrechnen.

Für eine mögliche Mehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus spricht auch, dass bei den *Midterms* die Ergebnisse der Volkszählung von 2020 berücksichtigt werden. Der *Census* findet alle zehn Jahre statt und bestimmt, wie sich die insgesamt 435 Abgeordneten auf die einzelnen Bundesstaaten verteilen. Nach den jüngsten Bevölkerungszahlen bekommt Texas zwei zusätzliche Sitze im Repräsentantenhaus. Colorado, Oregon, Montana, Florida, und North Carolina werden jeweils mit einem weiteren Abgeordneten vertreten sein. West Virginia, Kalifornien, Illinois, Ohio, Michigan, New York und Pennsylvania verlieren jeweils einen Sitz.

Von der künftigen Sitzverteilung profitieren Bundesstaaten, die entweder fest in republikanischer Hand oder für die GOP bei der nächsten Wahl jedenfalls aussichtsreich sind. Von den Bundesstaaten, in denen die Demokraten 2020 gewonnen haben, bekommen nur Oregon und Colorado einen zusätzlichen Sitz. Mit Ausnahme von Ohio und West Virginia hatten hingegen alle Bundesstaaten, die einen Sitz im Repräsentantenhaus verlieren, 2020 demokratisch gewählt.

Die neue Sitzverteilung nach den aktuellen Bevölkerungszahlen zwingt die betroffenen Bundesstaaten, ihre Wahlkreise neu zuzuschneiden. In Michigan ist dafür eine unabhängige Kommission

zuständig. Die texanische Verfassung schreibt hingegen vor, dass der *Legislature*, der Senat und das Repräsentantenhaus in Austin, innerhalb einer bestimmten Frist nach der Veröffentlichung der Volkszählung die Wahlbezirke neu aufteilt. In Texas wie in vielen anderen Bundesstaaten entscheidet mithin die politische Mehrheit im Parlament, wo die Linien zwischen den Wahlkreisen verlaufen. Für das Abstimmungsergebnis kann das entscheidend sein.

Natürlich lassen sich Sieg oder Niederlage bei den Kongresswahlen im November nicht „mit dem Rechenschieber“ vorhersagen. Die für Präsident Biden im Vergleich zu seinen demokratischen Vorgängern derzeit überaus knappen Mehrheiten in Senat und Repräsentantenhaus, die für beide Parteien seit 20 Jahren zunehmend unbeständigen Sitzverhältnisse und die Auswirkungen der Volkszählung machen aber verständlich, warum die Parteistrategen der Republikaner jetzt gut gelaunt in den Wahlkampf ziehen.

Senat erschwert Personalpolitik der Regierung

Bei einem Verlust der Mehrheit in einer oder sogar in beiden Kammern des Kongresses stünde Joe Biden in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit vor zusätzlichen Herausforderungen. Zwar ist der US-Präsident befugt, bei der Bewältigung der Corona-Pandemie, in der Gesundheits-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik, bei Fragen zur Einwanderung und zur inneren und äußeren Sicherheit mit Durchführungsverordnungen zu regieren, ohne dabei die Zustimmung des Kongresses einholen zu müssen. Die *Executive Orders* sind damit aber keine Gesetze und lassen sich, sollten die Demokraten die Präsidentschaftswahl 2024 verlieren, vom Nachfolger im Weißen Haus mit einem Federstrich rückgängig machen. Auch Biden hatte schon während der ersten 100 Tage seiner Amtszeit gleich zwei Dutzend Dekrete seines Vorgängers aufgehoben.

Trotzdem ist der Kongress natürlich nicht völlig „hilflos“, sondern kann Gesetze verabschieden, nach denen für Verordnungen aus dem Weißen Haus keine Finanzmittel bewilligt werden oder sich die betreffenden Dekrete gerichtlich anfechten lassen. Wenn es den Republikanern gelingt,

bei den Zwischenwahlen im Herbst die Mehrheiten im Kongress zurückzuerobern, könnten sie bis zur Präsidentschaftswahl 2024 so manches Vorhaben der Regierung also zumindest ausbremsen. Mit „Verzögerungen“ kämpft das Weiße Haus in der Abstimmung mit dem Senat aber schon jetzt auch bei der Personalpolitik.

Zu den Aufgaben der oberen Kammer des Kongresses gehört, die Kandidaten des US-Präsidenten für wichtige Regierungsposten, darunter auch die Botschafterinnen und Botschafter, zu bestätigen. Insgesamt muss der Senat über 1.200 Personalien genehmigen, gut doppelt so viele wie Anfang der sechziger Jahre. Der Zuwachs verlängert das Nominierungsverfahren nach jedem Amtsantritt bereits seit vielen Jahren kontinuierlich. Die Zahl der Vakanzen nimmt zu und es dauert immer länger, bis alle wichtigen Positionen in den Ministerien, Behörden und Botschaften nachbesetzt sind. Damit kommt das politische Tagesgeschäft nach jedem Regierungswechsel in den besonders betroffenen Ressorts natürlich nur schleppend in Gang. Und noch nie war die Nachbesetzung komplizierter als nach dem Amtsantritt von Joe Biden.

Der US-Präsident musste in der Zeit bis Ende Dezember letzten Jahres durchschnittlich 103 Tage warten, bis seine Kandidatin oder sein Kandidat vom Senat bestätigt wurde. Bei Trump waren es im Durchschnitt 100 Tage, bei Obama 80, bei Bush 48 und bei Reagan nur 36 Tage.

In absoluten Zahlen hat der Senat dem US-Präsidenten bis Ende Dezember zwar mehr Personalien (355) bestätigt als im Vergleichszeitraum nach dem Amtsantritt von Donald Trump (317). Aber Biden hat bisher auch deutlich mehr Kandidatinnen und Kandidaten nominiert als sein Vorgänger. Insgesamt war der US-Präsident bis Ende Dezember nur mit 41 Prozent seiner Nominierungen im Senat erfolgreich. Trump kam auf eine Erfolgsrate von 57 Prozent. Bei Obama waren es im gleichen Zeitraum 69 und bei Bush im ersten Amtsjahr sogar 75 Prozent.

Für die Bilanz der ersten Regierungsmonate ist der „Stolperstein“ Personalpolitik nicht zu unterschätzen. Für wichtige Themen auch in der Außen- und Sicherheitspolitik fehlten noch Monate

nach dem Amtsantritt in den Fachabteilungen der Ministerien und US-Botschaften viele zuständige Ansprechpartner.

Republikaner bleiben im Kongress auf Parteilinie

Natürlich stünden Joe Biden nach den *Midterms* bei einem Verlust der Mehrheit noch härtere Zeiten vor allem bei den Entscheidungen bevor, in denen der Präsident auf die Zustimmung des Kongresses unbedingt angewiesen ist, allen voran für die Verabschiedung des Haushalts. Wie zäh das Ringen zwischen dem Weißen Haus und den beiden Kammern des Parlaments schon jetzt ist, verdeutlicht ein Thema, das unter der jüngsten Covid-Welle auch in der US-amerikanischen Öffentlichkeit fast untergegangen ist: Mitte Dezember standen die USA kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Praktisch in letzter Minute konnte ein *Government Shutdown* nach langen Verhandlungen abgewendet werden. Im Senat fiel die Entscheidung denkbar knapp mit 50:49, im Repräsentantenhaus mit 221:209 Stimmen.

Für sich genommen ist die Auseinandersetzung keineswegs neu, die Erhöhung der Schuldenobergrenze ist im US-Parlament seit Jahrzehnten ein regelmäßiges Streitthema. Neu ist zumindest für die letzten Jahre aber, dass sich Demokraten und Republikaner diesmal nicht auf einen Kompromiss verständigen konnten, der zumindest von Teilen der beiden Parteien getragen wurde. Stattdessen kamen die erforderlichen Mehrheiten für den Beschluss fast ausschließlich mit den Stimmen der Regierungspartei zustande. Nur ein einziger republikanischer Kongressabgeordneter, Adam Kinzinger aus Illinois, stimmte mit den Demokraten. Der Gesetzentwurf konnte allein deshalb verabschiedet werden, weil sich beide Parteien im Senat darauf verständigt hatten, die Entscheidung ausnahmsweise mit einfacher Mehrheit zu treffen. Normalerweise hätten mindestens 60 der insgesamt 100 Senatoren, neben allen demokratischen also wenigstens zehn republikanische Mitglieder, zustimmen müssen.

Bis nach den Zwischenwahlen im November ist das Thema jetzt zunächst erledigt. Für die republikanischen Abgeordneten und Senatoren im

Kongress war entscheidend, dass sie im Abstimmungsprozess maximale Geschlossenheit demonstrieren konnten. Auf den ersten Blick verwundert das natürlich. Auch republikanische Wählerinnen und Wähler haben wenig Verständnis für einen *Government Shutdown* und erwarten von ihren Volksvertretern rechtzeitig Abhilfe. Den Republikanern war hingegen wichtiger, dass die Entscheidung voll „auf die Kappe“ der Demokraten geht. Das war während der ersten zwölf Monate der Biden-Administration auch bei anderen wichtigen und in der Bevölkerung durchaus populären Initiativen die Linie.

Der *American Rescue Plan*, ein milliardenschweres Hilfspaket der US-Regierung zur Bewältigung der ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie, wurde im März 2021 bei der Abstimmung im Kongress von keinem einzigen republikanischen Senator und Abgeordneten unterstützt. In den eigenen Wahlkreisen hat so mancher Republikaner den dort ansässigen Unternehmen dennoch empfohlen, die gesetzlich angebotenen Hilfsmittel zu beantragen. Der *Infrastructure Investment and Jobs Act* wurde im November bei der letzten Abstimmung im Repräsentantenhaus nur von 13 republikanischen Abgeordneten unterstützt, 200 waren dagegen. Im Senat hatten zuvor immerhin 19 Senatoren der Republikaner mit „Ja“ gestimmt.

Der *Build Back Better Act*, das dritte große Gesetzesvorhaben der Biden-Regierung, fand in der unteren Kammer des Kongresses nicht einen einzigen republikanischen Abgeordneten, der mit den Demokraten stimmte. Der Senat will sich noch im Januar mit dem Gesetzentwurf auseinandersetzen. Das Ziel der demokratischen Mehrheit ist, möglichst rasch vor Beginn der heißen Wahlkampfphase im Sommer einen Kompromiss zu finden, dem in den eigenen Reihen auch Senator Joe Manchin aus West Virginia zustimmen kann. Noch kann er sich mit dem Gesetzespaket in der vorliegenden Form nicht anfreunden. Der republikanische Senator Chuck Grassley aus Iowa hat vor Journalisten zuletzt mitgeteilt, dass seine Parteifreunde im Senat den *Build Back Better Act*, wie schon im März 2021 den *American Rescue Plan*, voraussichtlich geschlossen ablehnen werden. Sollte „BBB“ am Senat scheitern, bedeutete dies

allen voran für die Klima- und Umweltpolitik der US-Regierung einen herben Rückschlag.

Gouverneurswahl in Virginia als Metekel

In der Sache begründen die Republikaner ihre Ablehnung unter anderem mit zunehmenden Inflationsrisiken. Aber es gibt auch wahltaktische Gründe für das Abstimmungsverhalten. "Das Problem ist, dass man Wahlen [in den USA] nicht mehr dadurch gewinnen kann, dass man für Dinge stimmt, die populär sind. Wahlen werden größtenteils durch negative Parteinahme gewonnen und verloren", sagt Matt Bennett, Mitgründer des Think Tanks *Third Way* und früherer Mitarbeiter von Ex-Präsident Clinton. "Die Leute wählen eher gegen Leute, die sie hassen, als für Leute, die sie mögen." Für Politiker bestehe das Ziel, so Bennett, darin, „den Gegner dazu zu bringen, etwas zu tun, was die Wähler gegen ihn aufbringt, anstatt dass Du selbst etwas machst, was die Wähler dazu bringt, Dich zu mögen.“

Der Ausgang der Gouverneurswahl in Virginia scheint Bennett recht zu geben. Dort konnte sich Anfang November der Republikaner Glenn Youngkin gegen seinen demokratischen Widersacher Terry McAuliffe durchsetzen. Erstmals seit 2009 haben die Republikaner in Virginia damit wieder eine landesweite Wahl gewonnen. Dabei war der wohlhabende Youngkin politisch bis Anfang letzten Jahres ein eher unbeschriebenes Blatt.

Großen Jubel fand der Ex-CEO auf zahlreichen Wahlkampfveranstaltungen in ganz Virginia vor allem mit der Forderung, die *Critical Race Theory* aus dem Schulunterricht zu verbannen. Kritisch äußerte sich Youngkin auch über das vom Parlament in Virginia 2020 verabschiedete Gesetz für neue Richtlinien über die Rechte von Transgender-Schülern. Sein demokratischer Gegenkandidat McAuliffe warf dem Republikaner vor, im Wahlkampf die „rassistische Hundepfeife“ eingesetzt zu haben.

Anders als Donald Trump ist Youngkin zwar nicht der Auffassung, dass die Demokraten die Wahl 2020 durch Betrug gewonnen hätten; der Ex-Präsident hat den republikanischen Kandidaten im

Wahlkampf trotzdem nach Kräften unterstützt. Weder wollte Youngkin aber an Trumps „Tele-Rallye“ teilnehmen noch ließ er sich bei der "Take Back Virginia"-Kundgebung des Ex-Präsidenten blicken.

Die Wahlbeteiligung war bei dieser Gouverneurswahl so hoch wie seit 1993 nicht mehr. Profitiert haben davon mit einer prall gefüllten Wahlkampfkasse und den „richtigen“ *kitchen-table issues* fast ausschließlich die Republikaner. Am Ende lag Youngkin mit rund 63.000 Stimmen vorne. Hätte er vor allem in der Schlussphase des Wahlkampfs auf Kundgebungen die Nähe zu Donald Trump gesucht, wäre das für ihn unter Umständen schlecht ausgegangen. Denn zu den Anhängern der Republikaner in Virginia zählen auch viele Gegner des Ex-Präsidenten. Hätte sich Youngkin hingegen explizit gegen Donald Trump ausgesprochen (oder umgekehrt), wäre er aber fast mit Sicherheit nicht gewählt worden.

So geht es, unabhängig davon, was sie persönlich von Donald Trump halten mögen, vielen republikanischen Kandidatinnen und Kandidaten. Der Ex-Präsident hat seiner Partei Wählergruppen erschlossen, die zuvor unerreichbar schienen. Und weiterhin, wie erst vor wenigen Tagen in Arizona, bedient Trump seine vielen Anhänger auf politischen Großveranstaltungen, als stünde er selbst mitten im Wahlkampf. Nur ganz wenige prominente Republikaner, darunter die Abgeordneten Adam Kinzinger (Illinois) und Liz Cheney (Wyoming), stellen sich klar und deutlich gegen den Ex-Präsidenten. Kinzinger wird bei den *Midterms* im November aber nicht mehr antreten, Cheney ist im Mai aus der Fraktionsspitze der Republikaner abgewählt worden. Ihre Nachfolgerin Elise Stefanik (New York) ist eine glühende Anhängerin des Ex-Präsidenten.

Unterdessen hat sich die Parteiführung der GOP in Wyoming entschlossen, Liz Cheney wegen ihrer kritischen Haltung gegenüber Trump nicht länger als Mitglied der Republikaner anzuerkennen. Die Abgeordnete wird im Herbst trotzdem wieder für den Kongress kandidieren und sammelt bereits seit Monaten erfolgreich Wahlkampfspenden. Dabei wird sie nicht nur von Ex-Präsident George W. Bush unterstützt. Anscheinend haben auch Mitch

McConnell, Führer der republikanischen Minderheit im Senat, sowie die Senatoren Lindsey Graham und Mitt Romney über ihre *political action committees* Geld für Cheney gespendet.

Corona und Inflation drücken Zustimmungswerte

Das Wahlergebnis in Virginia zeigt, dass lokale Themen über Sieg oder Niederlage entscheiden. Nationale Themen verfangen nur, wenn sie die Wählerinnen und Wähler unmittelbar berühren. So konnte Biden nach dem Amtsantritt mit seinem Impfprogramm noch deutlich punkten. 53 Prozent der US-Amerikaner zählten die Bekämpfung der Corona-Pandemie damals zu den fünf wichtigsten Prioritäten für die US-Regierung. Mittlerweile vertreten nur noch 37 Prozent diese Auffassung. Stattdessen machen sich die Menschen inzwischen mehr Sorgen um die Wirtschaft. Den Preisanstieg spüren die Bürgerinnen und Bürger im Portemonnaie inzwischen schmerzlich. Schon Anfang Dezember bewerteten 14 Prozent die Inflation als eine der wichtigsten Herausforderungen, 13 Prozent mehr als noch vor zwölf Monaten. 24 Prozent fordern, die Regierung müsse sich um die Lebenshaltungskosten kümmern. Noch vor einem Jahr sahen nur zwölf Prozent darin eine Priorität. In der Kombination sind Corona und die Inflation für das Weiße Haus absehbar kein Thema für neue Erfolgsmeldungen.

Nachdem die Zahl der Infektionen mit der Omikron-Variante im Dezember sprunghaft angestiegen ist, hat die Seuchenschutzbehörde CDC entschieden, die Isolationszeit für „positiv“ Getestete von zehn auf fünf Tage zu verkürzen. Andernfalls hätten aus Mangel an verfügbaren Arbeitskräften weitere *lockdowns* und Schulschließungen gedroht. „Man kann sich fragen“, hieß es Ende des Jahres auf CNN, „ob die Regierung Biden beginnt, der Wirtschaft Vorrang vor der Wissenschaft einzuräumen, so wie es die Demokraten einst Trump vorwarfen.“ In der Sache nicht wirklich überraschend, hinsichtlich der bisherigen Positionierung aber neu war dann auch, dass der US-Präsident Ende Dezember im Gespräch mit Gouverneuren einräumte: „Sehen Sie, es gibt keine föderale Lösung. Dies [die Corona-Pandemie] wird auf [bundes]staatlicher Ebene gelöst.“

Bidens Zustimmungswerte haben aber nicht nur unter Corona und der Inflation gelitten. Auch der Abzug aus Afghanistan ist aus Sicht der Bevölkerung reichlich misslungen. Seit knapp drei Monaten sind nur noch 42 Prozent der US-Amerikaner mit der Arbeitsleistung des Präsidenten zufrieden. Noch niedriger war in den letzten 30 Jahren nach den ersten zwölf Monaten im Weißen Haus nur die Zustimmung für Donald Trump.

Geschadet hat Biden in seiner Bilanz auch der Umstand, dass er den *Build Back Better Act* noch nicht unterschreiben konnte. Das Thema ist für den US-Präsidenten vor allem deshalb ein „Stolperstein“, weil sich daran die Geschlossenheit der Demokratischen Partei ablesen lässt. Wenn sich im Senat in den eigenen Reihen Mitglieder wie Joe Manchin aus West Virginia über längere Zeit weiter querstellen, dürften die Zustimmungswerte für die Arbeit der Regierung zusätzlich leiden. Den Republikanern wäre eine anhaltende Diskussion über das Gesetzespaket mit Blick auf die Zwischenwahlen hingegen zuträglich.

Kaum Aufmerksamkeit für Bidens Außenpolitik

Abgesehen vom Abzug aus Afghanistan, der im August in den US-Medien wochenlang große Aufmerksamkeit fand, schlägt die Außenpolitik kaum durch auf die öffentliche Bilanz des ersten Regierungsjahres. Als Präsident Biden im April 40 Staats- und Regierungschefs zu einem virtuellen Klimagipfel versammelte, stand für die Anhänger der Demokraten und Republikaner die Verurteilung von Derek Chauvin im Mittelpunkt. Die Geschworenen hatten den ehemaligen Polizeibeamten aus Minneapolis des Mordes an George Floyd für schuldig befunden. Das Verbrechen war 2020 der Auslöser für anhaltende Proteste gegen Rassismus und Polizeigewalt.

Zum virtuellen Gipfel für Demokratie, zu dem Biden Anfang Dezember 100 ausgewählte Spitzenpolitiker aus aller Welt eingeladen hatte, bemerkte Richard E. Feinberg, unter Ex-Präsident Clinton Direktor des Büros für Interamerikanische Angelegenheiten des Nationalen Sicherheitsrats (NSC): „Nur wenige US-Kommentatoren scheinen sich die Mühe gemacht zu haben, den dreitägigen, oft nachdenklichen Ausführungen

anderer Staats- und Regierungschefs und den vielen intelligenten, emotional ansprechenden Podiumsteilnehmern zuzuhören, die ein breites Spektrum der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der Wissenschaft repräsentierten.“ Einigen US-Rednern, darunter Vizepräsidentin Kamala Harris, warf Feinberg vor, „eher dazu geneigt zu sein, inländische Wählergruppen anzusprechen, als ein globales Publikum zu erreichen“.

Auch viele andere wichtige Projekte, Auftritte und Papiere, mit denen sich die US-Administration im letzten Jahr auf der weltpolitischen Bühne zurückgemeldet hat, standen angesichts der zahlreichen innenpolitischen Herausforderungen nicht gerade im Rampenlicht. Für die Zeit bis Dezember hat *Morning Consult* rund 100.000 registrierte Wähler befragt, wie viel sie über mehr als 350 aktuelle Ereignisse gesehen, gelesen oder gehört haben. Die Antwort „viel“, gab zumindest ein Teil der Befragten bei 131 Ereignissen an. Für die außenpolitischen Themen aber war dieser Teil nicht nur insgesamt gering, sondern im Vergleich zwischen demokratischen und republikanischen Wählern auch sehr unterschiedlich.

Über die Klimakonferenz COP26 Ende Oktober in Glasgow hatten beispielsweise 22 Prozent der Demokraten, aber nur 15 Prozent der Republikaner viel gehört. Das Indopazifik-Sicherheitsbündnis AUKUS zwischen Australien, Großbritannien und den USA haben ausführlich 16 Prozent der Demokraten und 13 Prozent der Republikaner wahrgenommen. Beim IPCC-Klimabericht der Vereinten Nationen betrug der Anteil 25 bzw. 14 Prozent. Dass Deutschland und die USA im Juli eine Übereinkunft zur Gaspipeline *North Stream II* treffen konnten, hat nur unter zwölf Prozent der Demokraten und zehn Prozent der befragten republikanischen Wähler größere Aufmerksamkeit gefunden. Darüber, dass nur wenige Tage zuvor in Florida Dutzende Menschen beim Einsturz eines Mietshauses ums Leben kamen, waren demgegenüber sowohl 64 Prozent der Republikaner als auch der Demokraten ausführlich informiert.

Trotzdem kann die Außenpolitik den Demokraten im Wahlkampf gefährlich werden. Denn was allen voran China und Russland angeht, fordern Abgeordnete beider Parteien von der US-Administration eine unmissverständliche Haltung.

Russland und China als größte Herausforderungen

Schon im März versprach Biden eine engere Zusammenarbeit mit den Staaten der Indopazifik-Region gegen den zunehmenden Einfluss der Volksrepublik. Anfang Juni unterzeichnete er eine *Executive Order*, nach der US-Investitionen in knapp 60 chinesische Firmen, darunter Huawei, untersagt sind. Im Oktober bekräftigten der US-Präsident und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihren Willen, den Marktzugang für „schmutzigen Stahl aus Ländern wie China“ zu beschränken. Kurz vor Weihnachten unterzeichnete Biden schließlich den *Uyghur Forced Labor Prevention Act* (UFLPA), „um zu verhindern, dass in Xinjiang mit Zwangsarbeit hergestellte Waren auf den US-Markt gelangen“. Nur zum Vergleich: Anders als so manche andere innenpolitische Gesetzesinitiative, wurde der UFLPA im Senat einstimmig verabschiedet, und im Repräsentantenhaus parteiübergreifend mit nur einer einzigen Gegenstimme des republikanischen Abgeordneten Thomas Massie aus Kentucky.

Ganz aktuell ist die Biden-Regierung natürlich vor allem durch Russland und den Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine herausgefordert. Weitere Gespräche für eine Deeskalation der Lage stehen bevor. Der Präsident hat aber bereit deutlich gemacht, dass die USA „entschlossen reagieren“ würden, „wenn Russland weiter in die Ukraine eindringt“. Bei seinem Versuch, erneut Sanktionen gegen den Bau von *North Stream II* durchzusetzen, war es dem republikanischen Senator Ted Cruz aus Texas vor einigen Tagen gelungen, mehrere demokratische Mitglieder der oberen Kongresskammer, darunter die Senatoren Tammy Baldwin, Mark Kelly und Raphael Warnock, auf seine Seite zu ziehen. Nach einem stundenlangen Abstimmungsmarathon votierten schließlich 55 Senatoren für den Gesetzentwurf von Cruz und 44 dagegen. Für eine Verabschiedung wären jedoch 60 Stimmen erforderlich gewesen.

Biden setzt sich im Gegensatz zu Cruz für Sanktionen gegen „Putin und die russische Wirtschaft“ ein, „wenn er [Putin] den Weg einer erneuten Invasion in der Ukraine einschlägt“. Den Entwurf

für den dafür vorgesehenen *Defending Ukraine Sovereignty Act of 2022* hat der demokratische Senator Bob Menendez (New Jersey) bereits eingebracht. 38 weitere Mitglieder der Demokraten im Senat haben dafür bereits ihre Unterstützung erklärt. Nicht nur an der Auseinandersetzung um den *Build Back Better Act* lässt sich in den nächsten Wochen also ablesen, ob die Demokratische Partei geschlossen hinter dem US-Präsidenten steht, auch bei der Russlandpolitik muss Biden die eigenen Reihen geschlossen halten. Alles andere böte den Republikanern im Wahlkampf eine offene Flanke.

Wahlgesetze erschweren die Mobilisierung

Wohl nichts fordert die Demokraten dieser Tage aber stärker als das Wahlrecht. Wie schon bei der Präsidentschaftswahl 2020 wird es bei den Zwischenwahlen im November für beide Parteien, auch das zeigt Virginia, darauf ankommen, die eigenen Anhänger stärker zu mobilisieren als der politische Gegner. Die vergleichsweise kleine Schar an Wechselwählern mit den „besseren“ politischen Konzepten auf die eigene Seite zu ziehen, reicht nicht aus. Vor den *Midterms* dürfte es für die Kandidatinnen und Kandidaten deshalb erneut darum gehen, mit massiven Summen in den heiß umkämpften Wahlkreisen auf den passenden Kanälen so viel Wahlwerbung zu schalten wie möglich.

In Virginia lässt sich die historisch hohe Wahlbeteiligung darauf zurückführen, dass Mitte letzten Jahres die Bestimmungen für die vorzeitige Stimmabgabe und die Briefwahl gelockert wurden. Andernorts passiert genau das Gegenteil. 2021 haben 19 Bundesstaaten, davon die meisten unter Führung der Republikaner, 34 Gesetze erlassen, nach denen für die Briefwahl eine Reihe zusätzlicher Auflagen gilt. Davon wären aus Sicht der Demokraten allen voran die Minderheiten betroffen. Diese wählen mehrheitlich demokratisch. Entsprechend groß ist die Sorge, dass viele Wählerinnen und Wähler dieser Bevölkerungsgruppen nach den neuen Regeln von der Stimmabgabe im November abgehalten werden.

Ende letzten Jahres sind die Demokraten mit ihrem *John Lewis Voting Rights Act* im Senat am Widerstand der Republikaner gescheitert. Mit dem Gesetz wäre Washington befugt, die Wahlgesetze der Bundesstaaten daraufhin zu kontrollieren, ob damit einzelne Bevölkerungsgruppen diskriminiert werden. 2013 hatte das Oberste Gericht der USA diese Befugnis weitgehend eingeschränkt. Unter den Republikanern konnte sich nur Lisa Murkowski, Senatorin aus Alaska, mit dem Gesetzentwurf anfreunden. An die Adresse des Senats gerichtet, fragte Joe Biden in Georgia bei seinem ersten größeren Auftritt in diesem Jahr deshalb: "Werden Sie sich gegen die Unterdrückung von Wählern einsetzen? Ja oder nein? (...) Werden Sie sich gegen die Untergrabung von Wahlen einsetzen? Ja oder nein? Stehen wir für die Demokratie? Ja oder nein?" Der Appell verhallte ungehört.

Während der Kundgebung in Georgia blies auch dem Präsidenten selbst der Wind jedoch steif ins Gesicht. Wichtige Unterstützer, die im Wahlkampf 2020 mit großem Einsatz dafür gekämpft hatten, möglichst viele Wählerinnen und Wähler der Minderheiten für die Demokraten zu mobilisieren, warfen Biden vor, sich viel zu spät und bislang erfolglos für den *John Lewis Voting Rights Act* eingesetzt zu haben. LaTosha Brown, Mitgründerin von *Black Voters Matter*, kritisierte unverhohlen: "Sie kommen also nach Georgia, und was passiert? (...) Ich glaube, da ist jede Menge Energie und Schwung vergeudet worden." Stacey Abrams, in diesem Jahr die demokratische Kandidatin für das Amt der Gouverneurin in Georgia, blieb der Kundgebung des Präsidenten aus „Termingründen“ fern.

2024 wirft seine Schatten schon jetzt voraus

Donald Trump hält die GOP auch zwölf Monate nach seinem Ausscheiden fest im Griff. Dafür spricht, dass sich der parteiinterne Widerstand gegen ihn in überaus engen Grenzen hält, der Ex-Präsident die Säle noch immer mit jubelnden Fans füllen kann und sich viele Anhänger weiterhin wünschen, dass Trump 2024 erneut bei der Präsidentschaftswahl antritt.

Ganz so einfach ist es aber nicht. Wahlkämpfe in den USA sind gigantische „Militäroperationen“,

bei denen es auf die Versorgung und Logistik mindestens ebenso ankommt wie auf die Strategie. Würde Donald Trump in diesem Jahr zur Wahl stehen, wäre seine Kandidatur sicher. 2022 ist sein Name aber auf keinem Wahlzettel gelistet. Stattdessen stehen nicht nur die *Midterms* bevor, sondern wird in vielen Bundesstaaten auch über die dortigen Gouverneure und Parlamente abgestimmt. Wie fest Trump die Republikanische Partei künftig im Griff behält, hängt insofern von einer Reihe weiterer Faktoren ab.

Ganz wichtig ist, ob Trump mit seinen öffentlichen *endorsements* für seine Favoriten dazu beitragen kann, dass diese Kandidatinnen und Kandidaten zusätzliche Spender für den Wahlkampf finden. Eine ausreichend gefüllte „Kriegskasse“ für Wahlwerbung und Kundgebungen ist zur Mobilisierung der Wählerschaft unabdingbar. Letztlich wird Trumps Einfluss in der Republikanischen Partei natürlich davon abhängen, ob „seine“ Kandidatinnen und Kandidaten sich bei den bevorstehenden Wahlen dann auch wirklich durchsetzen können. Sarah Palin hatte vor den *Midterms* 2010 34 Republikaner für einen Sitz im Repräsentantenhaus empfohlen und während der Kampagne tatkräftig unterstützt. Palin, frühere Gouverneurin von Alaska, 2008 Kandidatin für das Amt der Vizepräsidentin, damals prominente Kommentatorin auf *Fox News* und populäre Gallionsfigur der „Tea Party“-Bewegung, hatte ihre Unterstützung in den meisten Fällen davon abhängig gemacht, dass die betreffenden Kandidatinnen und Kandidaten mit ihr ideologisch voll

auf einer Linie lagen. Nur 15 der von ihr Empfohlenen machten am Ende aber das Rennen. Insofern wird es interessant sein zu beobachten, ob sich für Wyoming in diesem Jahr parteiintern die finanziell bereits hervorragend aufgestellte Liz Cheney durchsetzen kann oder Harriet Hageman als die erklärte Wunschkandidatin von Donald Trump.

Für Liz Cheney ist derzeit nicht einmal auszuschließen, dass sie, schon um Trump verhindern zu wollen, 2024 bei der Präsidentschaftswahl antritt. Ron DeSantis würden sich gerade unter den jüngeren Republikanern viele als Kandidaten wünschen. Mit seiner Politik zur Bewältigung der Corona-Pandemie hat der Gouverneur von Florida viele Trump-Anhänger angesprochen. Im Wahlkampf 2020 konnte die Republikanische Partei in dem Bundesstaat unter den hispanischen Wählerinnen und Wählern zudem beachtliche Erfolge verzeichnen. Für DeSantis verbirgt sich hinter der Diskussion über die Erderwärmung zwar viel „left-wing stuff“; in Florida sind aber auch seine Republikaner gezwungen, sich mit den Folgen des Klimawandels zu beschäftigen.

DeSantis hat sich zwar noch nicht klar dazu geäußert, ob er 2024 antreten will; bislang hat er aber auch nicht „nein“ gesagt. Wichtiger ist vielleicht noch, dass er eine mögliche Kandidatur bis jetzt nicht davon abhängig macht, ob er bei den Vorwahlen parteiintern dann möglicherweise gegen Donald Trump antreten würde. Spannende Zeiten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Paul Linnarz
Leiter Auslandsbüro USA, Washington D.C.
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de

Paul.Linnarz@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)